

Themen des Umweltamtes zur BM-Klausurtagung

1. Eingriffsregelung im Naturschutz
2. Aktuelles zu Genehmigungsverfahren WEA
3. Sicherung Baumbestand

1. Umsetzung der Eingriffsregelung in Sachsen und Datenbereitstellung für das Kompensationsflächenkataster

Information der LDS an die Kommunalaufsicht zur mangelhaften Umsetzung der Eingriffsregelung

Auszug:

„...die Kommunen im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung ihren Mitteilungspflichten nicht nachkommen. Insbesondere wird auch beanstandet, dass von vielen Baugenehmigungsbehörden keine Mehrfertigung der Zulassungsentscheidung der unteren Naturschutzbehörde zugesandt wird. Damit hat die untere Naturschutzbehörde keine Kenntnis, ob und mit welchen Auflagen das Vorhaben zugelassen wurde, so dass keine Eintragungen in das Kompensationsflächenkataster vorgenommen werden können.“

- Kommunalaufsicht informierte hierzu mit e-mail vom 30.12.2021 alle Kommunen des Landkreises

§ 10 Absatz 2 Sächsische Öko-Konto-Verordnung

Der Verursacher eines Eingriffs hat der für das Kompensationsflächenkataster zuständigen Behörde entsprechend den in der Genehmigung nach § 10 Absatz 1 SächsNatSchG oder der Entscheidung nach § 11 SächsNatSchG festgelegten Fristen die Nachweise zur Umsetzung der Kompensationsmaßnahmen sowie zu festgesetzten Funktionskontrollen in elektronischer Form zu übermitteln.

Diese sind im Kompensationsflächenkataster zu dokumentieren. Für den im Rahmen der kommunalen Bauleitplanung festgesetzten Ausgleich gilt dies entsprechend.

- Eingriffe = Veränderungen der Gestalt oder Nutzung von Grundflächen, die zu erheblichen Beeinträchtigungen von Natur und Landschaft führen können → § 14 Abs. 1 Bundesnaturschutzgesetzes (BNatSchG)
- Eingriffe verpflichten Vorhabenträger (Eingriffsverursacher) nach § 15 Abs. 2 und Abs. 4 BNatSchG
 - zur Durchführung von Kompensationsmaßnahmen
 - zur langfristigen Sicherung der Maßnahmen
- soweit Eingriff durch Bauleitplanung zu erwarten ist, sind für das Vorgehen der Gemeinde gemäß § 18 BNatSchG die Vorschriften des Baugesetzbuch (BauGB) einschlägig
- Ausgleich von Eingriffen beschrieben in §§ 14 - 17 des BNatSchG sowie in § 1a Abs. 3 BauGB

- kommunale Bauleitplanung regelt mittels Satzung rechtliche Verpflichtung zu Maßnahmen und deren Umsetzung
- Regelung dazu finden sich in § 17 Abs. 6 Satz 1 BNatSchG:
 - Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen und die dafür in Anspruch genommenen Flächen werden in Kompensationsverzeichnis erfasst
- Kommunen müssen entsprechende Daten zum Ausgleich der zuständigen UNB in elektronischer Form zur Verfügung stellen
 - Umsetzung erfolgt über das in Sachsen einheitliche IT-Fachverfahren **KoKa-Nat (Kompensationsflächenkataster)**
- dient Naturschutzbehörden seit 2008 als Instrument zur Erfassung, Überwachung, Verwaltung und Dokumentation von Kompensationsmaßnahmen

- Kommune / beauftragte Ingenieurbüro fordert Zugriff bei LIST GmbH über die E-Mail-Adresse an:
 - koka-nat@list.smwa.sachsen.de
 - ➔ Hinweis: bei Ausschreibung der Kommune sollte die Erfassung im Kompensationsverzeichnis mit gefordert werden, sodass beauftragtes Büro die Eintragung übernehmen kann
- Kommune / beauftragte Ingenieurbüro stellt Kontakt zur zuständigen UNB her und informiert über beabsichtigte Datenerfassung
- Vorhaben wird von UNB angelegt und zur Bearbeitung freigegeben
 - vgl. Kapitel 4.2 Freigabe-Ablauf des Anwenderhandbuches
https://www.list.sachsen.de/download/KISS_KoKa-Nat_Handbuch.pdf
- bei Bedarf kann Schulung der Kommune über die Datenerfassung im KoKa-Nat durch UNB angeboten werden
- Besteht genereller Schulungsbedarf seitens der Kommunen ?

- UNB kommt hier nur eingeschränkte Kompetenz zu
 - UNB hat in Bezug zur Eingriffsregelung in der BLP keine Vollzugskompetenzen
- UNB verfolgt wichtige Aufgabe in der Prüfung der Entwurfsunterlagen und in der maßgeblichen Stellungnahme zum B-Plan, nicht in der Abwägungsentscheidung und den Vollzugsaufgaben
- Vollzug der Kompensationsmaßnahmen obliegt ansonsten der Gemeinde und ihren Behörden und von ihr beauftragten Stellen
- Hinweis: Naturschutzbehörden sind direkt nur zuständig im Zuge von Genehmigungsverfahren im Artenschutzrecht, bei Schutzgegenständen und der dazu maßgeblichen Vollzugskontrolle

2. Aktuelles zum immissionsschutzrechtlichen Genehmigungsverfahren von Windenergieanlagen (WEA)



- 16 Vorrang- und Eignungsgebiete für die Nutzung von Windenergie decken ca. 0,25 % der Landkreisfläche ab
- Aktuell 86 genehmigungsbedürftige WEA im Landkreis Leipzig
- 16 weitere WEA bereits neu genehmigt (WP Breunsdorf und WP Jeesewitz)
- Anträge für 3 weitere WEA derzeit in Bearbeitung

- Gesetz zur Erhöhung und Beschleunigung des Ausbaus von Windenergieanlagen an Land (sog. Wind-an-Land-Gesetz):
 - Änderung des Erneuerbare Energien Gesetz (§§ 2 und 6 EEG)
 - Windenergieflächenbedarfsgesetz (WindBG)
 - Änderung des Baugesetzbuches (§§ 245 und 249 BauGB)
 - Änderung des Raumordnungsgesetzes (ROG)
- Flexibilisierungsklausel (§ 20 Abs. 3 SächsLPIG)
- EU-Notfallverordnung und RED III → Verfahrenserleichterungen für Neugenehmigungen und Repoweringvorhaben
- Repowering (§ 16b BImSchG)
- Rückbauverpflichtung



Windpark Threna
Bildquelle: Paul Herenz, LRA LKL

- Zielstellung für 2030:
80 % des Bruttostromverbrauchs soll mit erneuerbaren Energien abgedeckt werden
- § 2 EEG: erneuerbare Energien sind als „überragendes öffentliches Interesse“ definiert und sollen als vorrangiger Belang in die Abwägung der Schutzgüter behandelt werden
- § 6 EEG: Finanzielle Beteiligung der Kommunen
 - Für WEA ab 1 Megawatt Leistung
 - Gemeinden im Umkreis von 2,5 km stehen anteilig bis zu 0,2 ct/kWh zu
 - Gesteigerte Akzeptanz vor Ort
- § 22b (6) EEG: Landesregelung zu weiterer Bürgerbeteiligung über § 6 EEG hinaus ist möglich, in Sachsen in Planung

- Ziel:
Ausweisung von mindestens 2 % der Bundesfläche als Windenergiegebiet bis Ende 2032,
Die Ausweisung ist Aufgabe der Länder.
- Für Sachsen gilt: 1,3 % der Landesfläche bis 2027 und 2 % bis 2032
- Verschärfung durch Landesregelung (§ 4a (2) SächsLPIG): 2 %-Ziel bis Ende 2027
- Definition Windenergiegebiet nach § 2 WindGB:
Ausweisungen von Flächen für die Nutzung von Windenergie an Land durch:
 - Vorranggebiete in Raumordnungsplänen durch regionale Planungsverbände oder
 - Sonderbauflächen und Sondergebiete in FNP oder B-Plänen durch Gemeinden
- Für Sachsen bedeutet dies einen Paradigmenwechsel von Leistungsziel → Flächenziel

Zur Umsetzung der Flächenbereitstellung durch die Ländern wurde das BauGB geändert.

- § 35 Abs.1 Nr. 5 i.V.m. § 249 BauGB - neues Privilegierungsregime für WEA:
„Im Außenbereich ist ein Vorhaben nur zulässig, wenn öffentliche Belange nicht entgegenstehen, die ausreichende Erschließung gesichert ist und wenn es ... der Erforschung, Entwicklung oder Nutzung der Wind-oder Wasserenergie dient, ...“
- Nach § 249 Abs. 1 BauGB ist § 35 Abs. 3 Satz 3 BauGB für WEA nicht mehr anzuwenden: Die Beeinträchtigung öffentlicher Belange, die durch schädliche Umwelteinwirkungen hervorgerufen werden, sind bei WEA nicht zu berücksichtigen.

Fall 1: Flächenziele des WindBG werden erreicht:

- WEA sind außerhalb von Windenergiegebieten nicht mehr privilegiert (§ 249 Abs. 2 BauGB).
- Windenergiegebiete können jedoch weiterhin ausgewiesen werden. In diesen sind WEA weiterhin privilegiert (§ 249 Abs. 4 BauGB).

Fall 2: Flächenziele des WindBG werden nicht erfüllt:

- WEA sind im Planungsraum vollumfänglich privilegiert. Auch länderspezifische Mindestabstände sind nicht mehr anzuwenden.
- WEA in Landschaftsschutzgebieten zulässig (§ 26 Abs. 3 BNatSchG), nicht jedoch in Natura-2000 Gebieten

§ 249 BauGB – weitere Regelungen



- Abs. 3: Entprivilegierung nach Abs. 2 gilt nicht für Repowering von WEA, sofern diese nicht in einem Natura2000- oder einem Naturschutzgebiet liegen = „Superprivilegierung“
- Abs. 5: Die Ausweisung von Windenergiegebieten ist nicht an entgegenstehende Ziele der Raumordnung gebunden, solange die Flächenziele des WindBG nicht erfüllt sind.

Für Kommunen aktuell Widerspruch zu § 1 Abs. 4 BauGB: „Bauleitpläne sind den Zielen der Raumordnung anzupassen“.

Lösung: **Gemeindeöffnungsklausel** nach § 245e Abs. 5 BauGB (in Kraft ab 14.01.2024) - Aufstellung von B-Plan bzw. FNP + Zielabweichungsverfahren (ZAV) nach § 6 ROG

„Plant eine Gemeinde, [...] vor dem in Absatz 1 Satz 2 genannten Zeitpunkt ein Windenergiegebiet [...] auszuweisen, das mit einem Ziel der Raumordnung nicht vereinbar ist, soll ihrem Antrag auf Abweichung von diesem Ziel abweichend von § 6 Absatz 2 des Raumordnungsgesetzes stattgegeben werden, wenn der Raumordnungsplan an der von der Gemeinde für Windenergie geplanten Stelle kein Gebiet für mit der Windenergie unvereinbare Nutzungen oder Funktionen festlegt.“

§ 249 BauGB – weitere Regelungen



- Abs. 9: Länder können Mindestabstände bis zu 1000 m bestimmen.

Umsetzung in Sachsen mit § 84 SächsBO. Der Mindestabstand zu Wohngebäuden wurde auf 1000 m festgelegt. Gilt jedoch im Landkreis Leipzig nicht, da der RPV Leipzig-West Sachsen den derzeit gültigen Regionalplan vor dem 08.06.2022 beschlossen hat (§ 84 Abs. 6 SächsBO).

Mindestabstände sind nicht auf Flächen in Windenergiegebieten anzuwenden – zählen also nicht in das 2 %-Ziel nach WindBG rein.

ACHTUNG: Außerhalb von Vorranggebieten ist der 1000 m – Abstand bei der Durchführung eines ZAV in der Raumplanung ein weiches Tabukriterium und somit einzuhalten.

- Abs. 10: Die **optisch bedrängende Wirkung** steht einem Vorhaben, das nach § 35 Abs. 1 Nr. 5 BauGB privilegiert ist (WEA) nicht entgegen, wenn der Abstand zu einer zulässigen baulichen Nutzung zu Wohnzwecken mindestens der zweifachen Höhe der WEA entspricht.

- Wird eine WEA außerhalb eines Windenergiegebietes geplant, kann durch die untere Immissionsschutzbehörde ein Zielabweichungsverfahren (ZAV) geführt werden wenn keine weiteren Ziele der Raumordnung entgegenstehen (nur Z 5.1.3 des LEP 2013). Andere Ziele sind nur durch ZAV nach § 16 SächsLPIG „überwindbar“.
- Das Einvernehmen der betroffenen Gemeinden (ist nicht ersetzbar) ist einzuholen. Dafür ist keine gesetzliche Frist festgelegt – die Genehmigungsbehörde gibt i.d.R 2 Monate Zeit.
Der regionale Planungsverband und die Raumplanung (LDS) sind ins Benehmen zu setzen. Dafür muss eine Frist von einem Monat gesetzt werden (kann einmalig um einen Monat verlängert werden).
- Berücksichtigung des Vorrangs der Erneuerbaren Energien i.S.d. § 2 EEG bei einer planerischen Entscheidungsfindung ist erforderlich. Die raumordnerische Vertretbarkeit bleibt Prüfkriterium.
- Die Entscheidung über das ZAV wird im immissionsschutzrechtlichen Zulassungsverfahren getroffen und mit diesem beschieden. Eine gesonderte Feststellung durch Vorbescheid nach § 9 BImSchG ist möglich.

- EU-Notfallverordnung (VO Nr. 2022/2577 (EU)) am 30.12.2022 in Kraft getreten
Gilt als Übergangsregelung für die RED III (galt sofort)
- Europäische Erneuerbare Energien Richtlinie (EU) 2023/2413 (RED III) am 20.11.2023 in Kraft getreten (bis 21.05.2025 in nationales Recht umzusetzen)
- Ziel ist die Beschleunigung von Genehmigungsverfahren für erneuerbare Energien
→ Verfahrenserleichterungen im § 6 WindBG und § 16b BImSchG

§ 6 WindBG - Verfahrenserleichterungen



- Ermöglicht den Wegfall der **Umweltverträglichkeitsprüfung** (UVP, auch Vorprüfung) und einer **modifizierten Artenschutzprüfung**
- Modifizierte Artenschutzprüfung: Behörde muss auf vorhandene Daten zurückgreifen die nicht älter als 5 Jahre sein dürfen. Sind diese nicht vorhanden, muss der Antragsteller eine Ausgleichszahlung tätigen (3.000 € pro MW pro Jahr).
- Vorhaben (Neu- und Änderungsvorhaben) muss in einem Windenergiegebiet liegen, bei dessen Ausweisung eine Umweltprüfung nach § 8 ROG oder § 2 Absatz 4 BauGB durchgeführt wurde.

- Modernisierung bzw. kompletter Austausch von WEA im Änderungs genehmigungsverfahren bei Anwendung des vereinfachten Genehmigungsverfahrens (bis 19 WEA)
- Bei komplettem Austausch der Anlage ist folgendes einzuhalten:
 - neue Anlage muss innerhalb von 24 **(48)** Monaten nach Rückbau errichtet werden
 - Abstand zwischen Neu- und Bestandsanlage max. 2H **(5H)** der Neuanlage
bereits im akt. Referentenentwurf enthalten
- Nachteilige Auswirkungen werden nur im Verhältnis zum gegenwärtigen Zustand geprüft
→ Delta-Prüfung der Genehmigungsvoraussetzungen (§ 6 BImSchG)
- Sonderfall Lärm: Nach Abs. 3 dürfen gesetzl. Lärmimmissionswerte nach der Modernisierung überschritten sein, wenn:
 - der Immissionsbeitrag nach der Modernisierung niedriger ist als vorher und damit Verbesserung des vorherigen Zustands erfolgt sowie
 - die WEA dem Stand der Technik entspricht.

- Ziel: Anteil der erneuerbaren Energien am EU-Endenergieverbrauch soll bis 2030 auf 42,5 % erhöht werden, besser 45 %
 - Ausweisung von Gebieten, in denen Verfahren einem vereinfachten Genehmigungsprozess unterzogen werden (Natura2000-Gebiete sind ausgeschlossen)
 - In diesen „Acceleration Areas“ (Beschleunigungsgebiete) darf die Genehmigung von Solar- und Windanlagen an Land max. 12 Monate dauern.
 - Kartierung der Gebiete bis 21.05.2024
 - Ausweisung der Gebiete bis 21.02.2026
- Bisher ist die nationale Umsetzung und die Zuständigkeit unklar

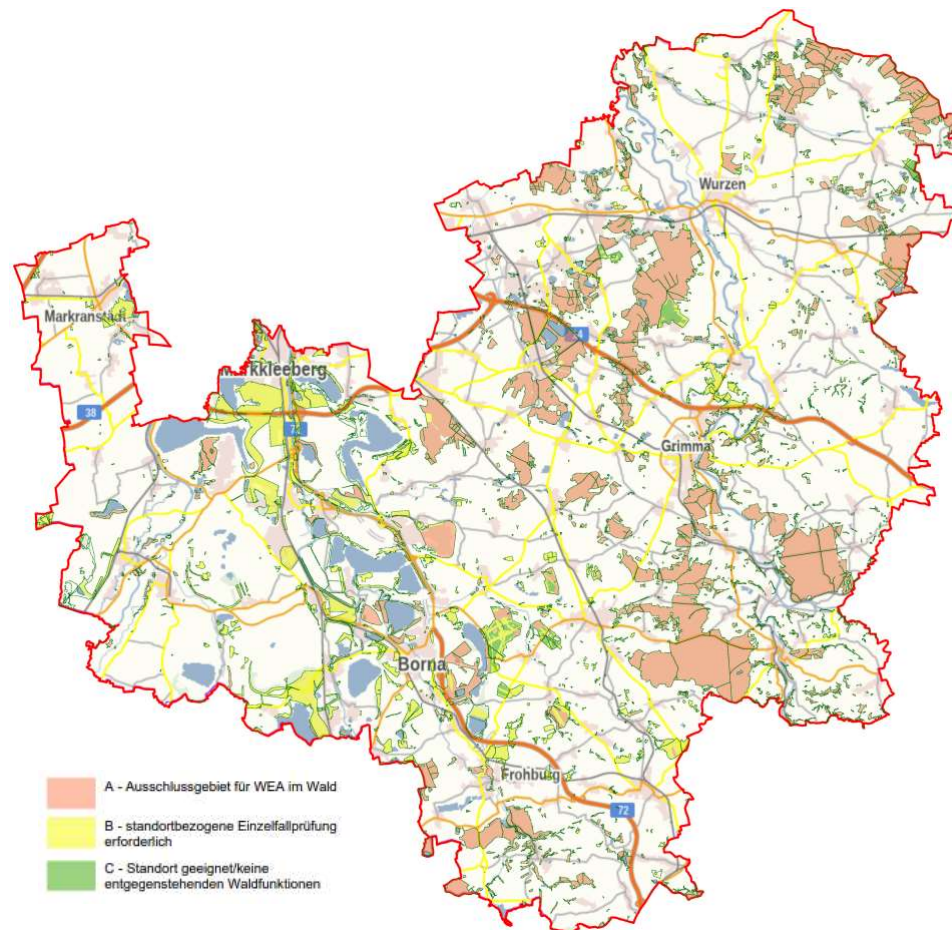
- Der Antragsteller hat dem Genehmigungsantrag nach § 35 Abs. 5 Satz 2 BauGB eine Verpflichtungserklärung zum Rückbau der WEA beizulegen.
- Die Rückbauverpflichtung wird durch Baulast und eine hinterlegte Sicherheitsleistung (z.B. Bankbürgschaft) sichergestellt (§ 35 Abs. 5 Satz 3 BauGB).
→ Rückbauverpflichtung ist auch für Rechtsnachfolger wirksam

Höhe der Sicherheitsleistung

- Muss Kosten für Rückbau (einschließlich Bodenversiegelung), Entsorgungs- und Transportkosten (inkl. Mehrwertsteuer) abdecken
- Zusätzlich ist die Preisentwicklung für die Rückbaukosten bis zum Ende der regelmäßigen Nutzungsdauer (20 Jahre) schon bei der Genehmigung zu berücksichtigen. Für die Prognose ist der Baupreisindex für Roharbeiten heranzuziehen.

→ Sicherheitsleistung = 5 % der Errichtungskosten* + Preisentwicklung

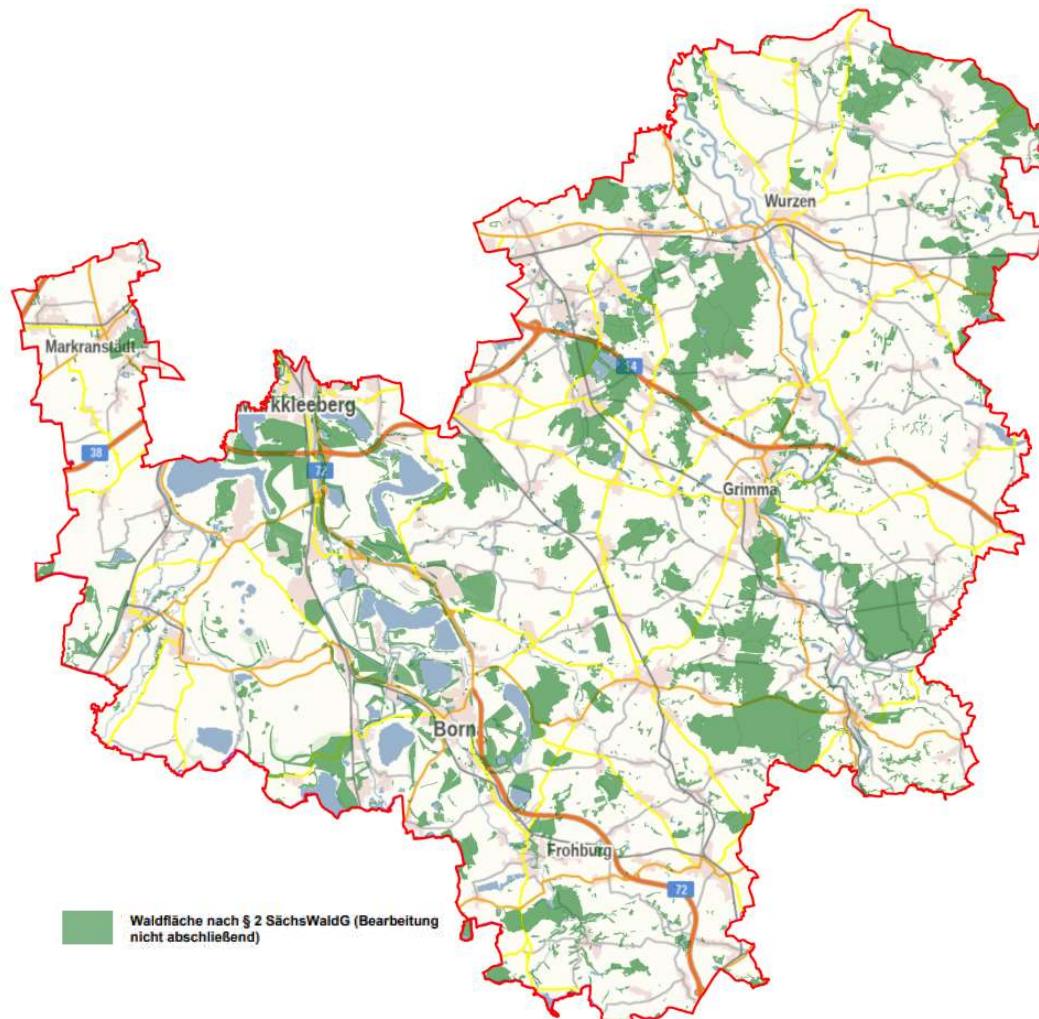
* Oder nachvollziehbare Kalkulation des Antragstellers



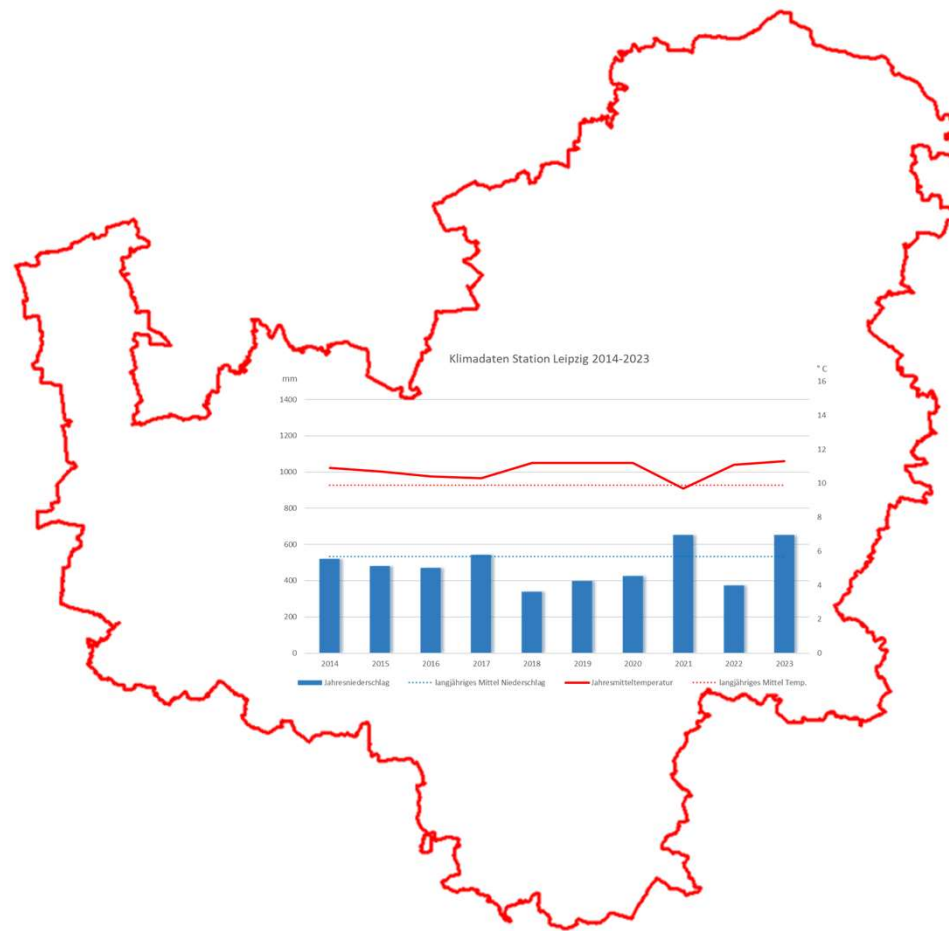
- Veröffentlichung einer Kartendarstellung als Arbeitsgrundlage durch das LfULG
- Bewertung des Waldes hinsichtlich der Standorteignung für die Errichtung von Windenergieanlagen im Rahmen der Flexibilisierungsklausel nach § 20 Absatz 3 des SächsLPIG
- ausschließlich Berücksichtigung von forstrechtlichen, naturschutzrechtlichen und wasserrechtlichen Kriterien; bspw. keine Berücksichtigung der sog. Windhöffigkeit
- Im Landkreis Leipzig fallen danach etwa 75 % der Waldflächen in die Kategorie „A“, ca. 20 % in Kategorie „B“, lediglich 5 % in Kategorie „C“



3. Sicherung des Baumbestands



- Gesamtwaldfläche ca. 25.000 ha
- Bewaldung im Landkreis ca. 15 %
(im Vgl. dazu in Sachsen ca. 28 %)
- Bestockung laubholzgeprägt mit Anteil Kiefer
- Eigentumsstruktur:
 - 60 % Privatwald
 - 32 % Staatswald
 - 8 % Körperschaftswald
- Landkreis Leipzig ist selbst Waldeigentümer von ca. 45 ha bestockter Fläche



- klimatische Bedingungen verändern sich in Richtung trockener und wärmer

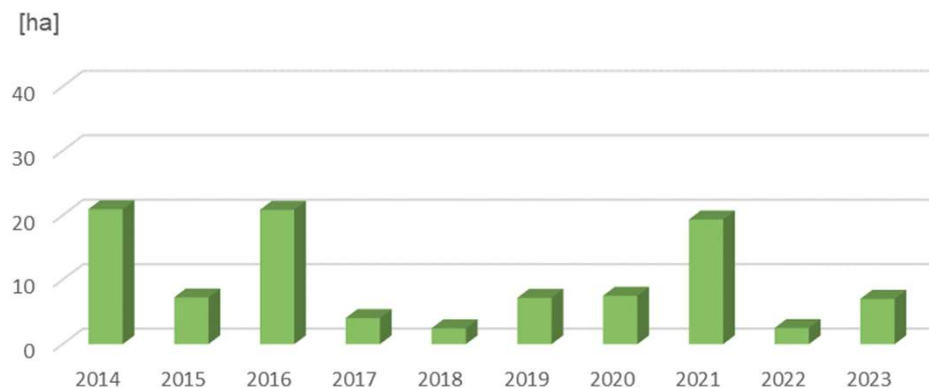


- klimatische Bedingungen verändern sich in Richtung trockener und wärmer
- nach aktuellem Waldschadensbericht für Sachsen weisen 35 % der Bäume deutliche Stresssymptome auf, lediglich 23 % sind ohne erkennbare Beeinflussungen
- klimatische Veränderungen führen zu Vitalitätsverlusten und machen Bäume anfälliger für Schadinsekten
- großflächige Störungen v.a. in Fichten- und Kiefernwäldern; strukturierende Effekte in Misch- und Laubholzbeständen



- klimatische Bedingungen verändern sich in Richtung trockener und wärmer
- nach aktuellem Waldschadensbericht für Sachsen weisen 35 % der Bäume deutliche Stresssymptome auf, lediglich 23 % sind ohne erkennbare Beeinflussungen
- klimatische Veränderungen führen zu Vitalitätsverlusten und machen Bäume anfälliger für Schadinsekten
- großflächige Störungen v.a. in Fichten- und Kiefernwäldern; strukturierende Effekte in Misch- und Laubholzbeständen
- vergleichsweise hoher Laubholzanteil im Landkreis und dadurch bedingt vorhandene bzw. aufkommende Naturverjüngung wirkt schadmildernd
- Schaffung klimastabiler, arten- und strukturreicher Mischwälder ist prioritär

Erstaufforstungsfläche im Landkreis Leipzig



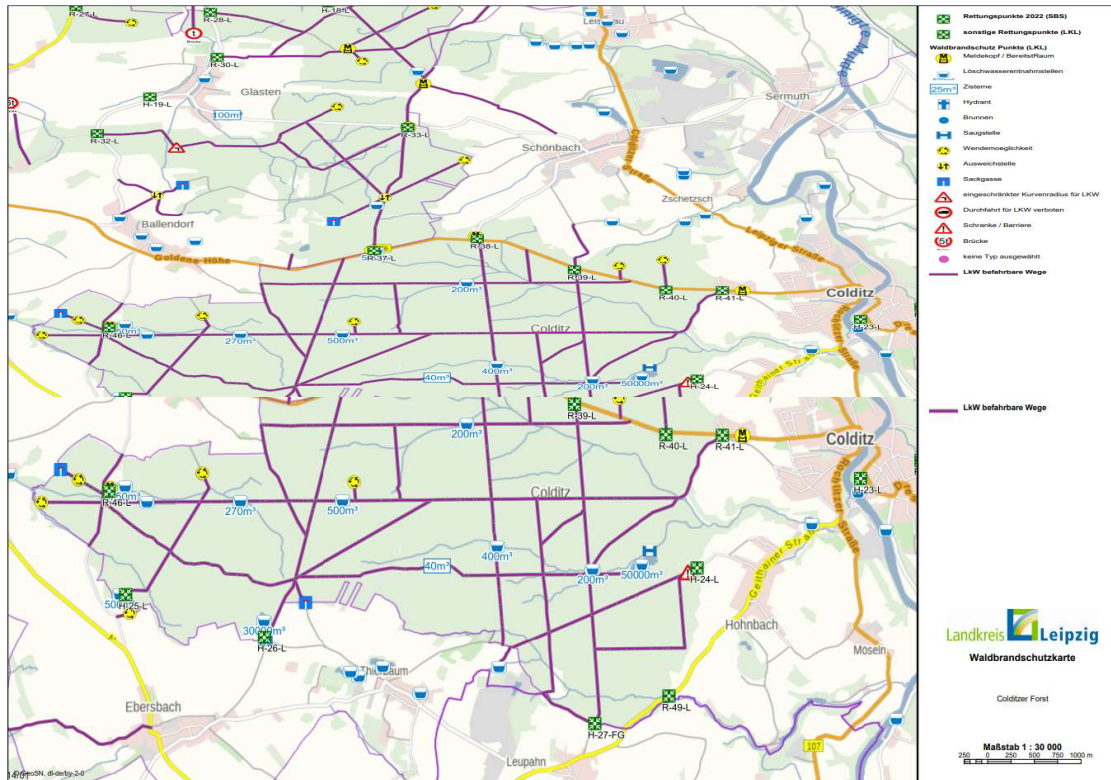
Zeitraum 2014-2023

Erstaufforstungsfläche gesamt: rund 99 ha in 10 Jahren

dies entspricht knapp 10 ha neu aufgeforsteter Fläche pro Jahr

- laut Landesentwicklungsplan ist der Waldanteil in Sachsen mittelfristig auf 30 %, in der Planungsregion Westsachsen auf 19 % zu erhöhen
- die Umsetzung der Waldmehrungskonzeption ist ebenso Bestandteil des Kreisentwicklungskonzeptes 2030
- somit ist im Landkreis Leipzig zur Zielerreichung die Erstaufforstung von mehr als 6.000 ha Fläche notwendig
- Problem der Flächenkonkurrenz hinsichtlich Ausweisung von Standorten für die Errichtung von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien
- artenschutzrechtliche Zustände und Bestimmungen verhindern eine Erstaufforstung in regionalplanerisch ausgewiesenen Vorrang- und Vorbehaltgebieten zur Waldmehrung

Waldbrandschutzkarten für den Landkreis



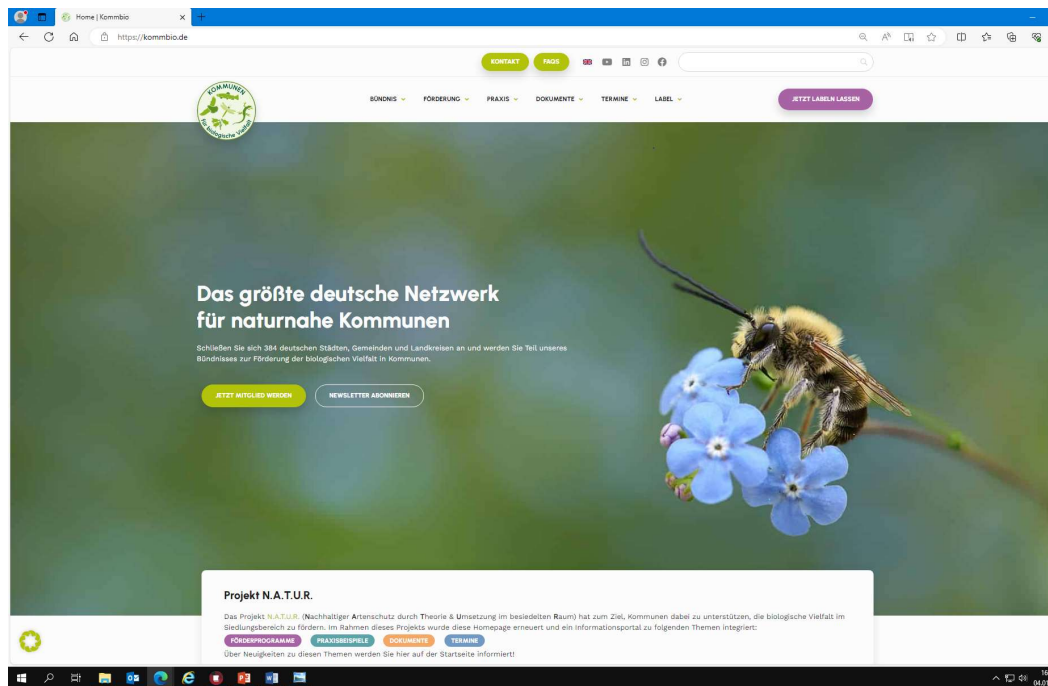
- Erstellung durch das Umweltamt und das Amt für Brandschutz, Katastrophenschutz, Rettungsdienst unter Mitwirkung der Gemeinden, örtlichen Feuerwehren und größeren Waldbesitzer
- Bereitstellung in digitaler Form als WMS-Dienst für die örtlichen Einsatzkräfte (Fireboard) und Kommunalverwaltungen
- turnusmäßige Aktualisierung ist aller 3 Jahre geplant

WMS-Dienst: <https://cardo.geoportal-ikl.de/net3/ogc.ashx?service=WMS&pkgId=73&Request=GetCapabilities>

Enthalten sind drei Layer:

- Rettungspunkte (interner Name: group_343.2968)
- Waldbrandschutz_Punkte (interner Name: group_345.2968)
- Waldbrandschutz_Wege (interner Name: group_344.2968)

Bündnis der Kommunen für biologische Vielfalt

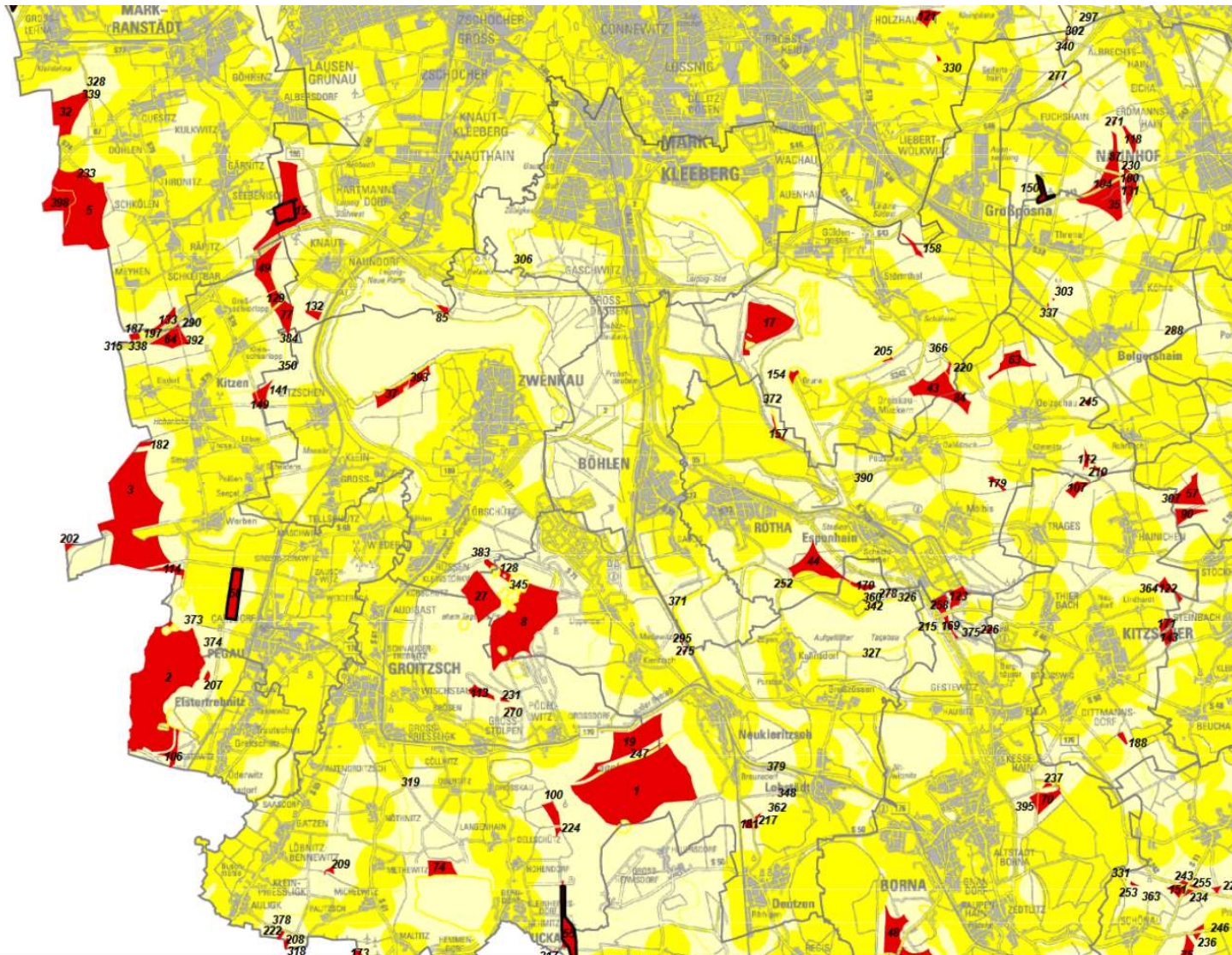


- Zusammenschluss von Städten, Gemeinden und Landkreisen zum Informations- und Erfahrungsaustausch
- Ziel ist Schaffung artenreicher Naturräume im Siedlungsbereich und der freien Landschaft
- Handlungsfelder sind u.a. die naturnahe Bewirtschaftung kommunalen Grüns, Renaturierungen und Waldbewirtschaftung
- Hinweise zur Förderprogrammen, Praxisbeispiele und Dokumentvorlagen
- Learning an Best-Practice-Beispielen anderer Kommunen/ Landkreise

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit



Backup – Windpotenzial (Windhöffigkeit)



**Harte
Tabuzone**

**weiche
Tabuzone**

**Potential-
fläche**

Quelle: Karte A6-1
des Regionalplans
Leipzig-Westsachsen
<https://buergerbeteiligung.sachsen.de/portal/rpv-westsachsen/beteiligung/themen/1020409/1031202>